

Vermögenskonzentration macht Umverteilung nötig

Es klingt unglaublich: Die zehn reichsten Personen weltweit (darunter keine Frau) haben im Laufe der Corona-Pandemie ihr Vermögen von 700 Milliarden auf 1,5 Billionen US-Dollar mehr als verdoppelt. Das hat die Hilfsorganisation *Oxfam* berechnet.

Die zehn reichsten Deutschen konnten ihr Vermögen demnach von etwa 125 auf 225 Milliarden Euro vergrößern, gewannen also 100 Milliarden Euro hinzu. Das ist nicht viel weniger als der Betrag, den alle deutschen Städte und Gemeinden zusammengenommen im Jahr 2020 an Steuereinnahmen zur Verfügung hatten. Mit 100 Milliarden Euro ließen sich auf einen Schlag zwei Drittel des kommunalen Investitionsrückstands beheben.

Während in den Kommunen aber jeder Euro zweimal umgedreht werden muss und der Bundesfinanzminister schon wieder zu öffentlicher Sparsamkeit mahnt, profitieren jene, denen es ohnehin schon am besten geht: Bereits vor der Pandemie gehörte dem reichsten Prozent hierzulande fast ein Drittel des gesamten Vermögens.

Das *McKinsey Global Institute* hat kürzlich ebenfalls eine Studie über die globalen Vermögenswerte veröffentlicht. Sie zeigt auf, dass sich der Anstieg der Vermögen von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung entkoppelt hat und beklagt, dass der größte Teil in Immobilien und Grundstücken steckt (in Deutschland sind es vier Fünftel aller Vermögen). Zu wenig werde hingegen in Zukunftsinvestitionen und produktive Investitionen gesteckt.

Tatsächlich herrscht – auch in Deutschland – in mehrfacher Hinsicht ein Ungleichgewicht: Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen können sich angesichts der Inflation zum Teil grundlegende Güter nicht mehr leisten, während Vermögende mit spekulativen Finanz-Anlagen Immobilien- und andere Preise hochtreiben. Gleichzeitig

stehen den gewachsenen Privatvermögen enorme reale Investitionsbedarfe gegenüber – für bessere Infrastruktur, eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den ökologischen Umbau der Industrie etwa.

Deshalb muss der Reichtum umverteilt werden. Gerade hierzulande ist die Vermögensungleichheit größer als in vielen anderen Ländern. Gleichzeitig werden Vermögen in Deutschland so gering besteuert, wie in kaum einem anderen vergleichbaren Land (siehe Grafik).

Der DGB fordert unter anderem die Wiedererhebung der in Deutschland ausgesetzten Vermögensteuer: Ab einem Freibetrag von einer Million Euro (Single) sollte der Steuersatz auf jeden zusätzlichen Euro 1 % betragen, dann bis 20 Millionen Euro linear progressiv auf 1,5 % ansteigen. Ab 100 Millionen Euro erhöht sich der Steuersatz auf 1,75 %, bei mehr als einer Milliarde auf 2 %. Außerdem muss die Begünstigung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer abgeschafft werden. Von ihr profitieren vor allem Superreiche. Sie kostet jährlich zwischen 5 und 7 Milliarden Euro und ist die größte Steuersubvention im Subventionsbericht der Bundesregierung.

Vor einigen Tagen haben sich sogar mehr als 100 Milliardäre öffentlich für eine Vermögensteuer ausgesprochen. Das sollte auch den FDP-Finanzminister überzeugen.

